

Auszug aus P R O T O K O L L der 307. Sitzung des Grossen Gemeinderates (http://www.muri-quemligen.ch/fileadmin/politik/parlament/protokolle/ggr_07_01.pdf)

Datum Dienstag, 23. Januar 2007

Ortsplanungsrevision 2006 / 2009; Leitlinien und Projektabwicklung

(Geschäft Nr. 6, Seite 215ff)

Unterlagen:

[Botschaft des Gemeinderates](#); [Leitlinien](#); [Projektorganisation](#)

http://www.muri-quemligen.ch/fileadmin/aktuelles/Ortsplanungsrevision_2006.pdf

http://www.muri-quemligen.ch/fileadmin/aktuelles/Leitlinien_opr.pdf

http://www.muri-quemligen.ch/fileadmin/aktuelles/OPR_Organigramm.pdf

Die Vorsitzende informiert, der Bericht des Gemeinderates liege schriftlich vor. Es liege der Antrag auf Kenntnisnahme und Umsetzung der Leitlinien vor. Über dieses Geschäft werde nicht abgestimmt, es werde lediglich davon Kenntnis genommen. Hans-Rudolf Saxer gratuliert **Barbara Künzi-Egli** herzlich zur glanzvollen Wahl und wünscht ihr alles Gute.

Die Vorsitzende informiert, der Bericht des Gemeinderates liege schriftlich vor. Es liege der Antrag auf Kenntnisnahme und Umsetzung der Leitlinien vor. Über dieses Geschäft werde nicht abgestimmt, es werde lediglich davon Kenntnis genommen.

Hans-Rudolf Saxer gratuliert Barbara Künzi-Egli herzlich zur glanzvollen Wahl und wünscht ihr alles Gute.

Als gemeinderätlicher Sprecher könne er informieren, dass, bevor man sich auf die Revision des Baureglementes, des Zonenplans und der Richtpläne Landschaft und Verkehr konzentriere, ein Blick zurückgeworfen werden müsse. Die Frage laute dabei, in welche Richtung sich die Gemeinde Muri bei Bern in den letzten Jahrzehnten entwickelt habe. Bei den getroffenen Abklärungen sei man insbesondere auf drei Erkenntnisse gestossen. Erstens habe sich die Einwohnerzahl während einer Betrachtungsperiode von immerhin 25 Jahren, von 1980 bis 2005, nur gerade um 7 Personen verändert. Punkto Bevölkerungszahl herrsche also eine enorm hohe Stabilität. Zweitens habe sich die Anzahl der Arbeitsplätze - ganz im Gegenteil zum soeben erwähnten Fakt - innerhalb von nur 16 Jahren um nicht weniger als 33%, auf knapp 6'400 Personen, erhöht. Drittens hätten die beiden vorgenannten Entwicklungen dazu geführt, dass Muri bei Bern heute eine ausgeglichene Pendlerbilanz habe. Das heisse, es kämen von extern zwecks Arbeit oder Ausbildung gleich viele Personen nach Muri-Gümligen, wie Bewohnerinnen und Bewohner von unserer Gemeinde auswärts arbeiten oder in die Schule gingen. Ein Vergleich mit dem Jahre 1970 zeige auf, dass die Pendlerbilanz damals bei 0,44 gelegen sei, was bedeute, dass mehr als doppelt so viele Leute die Gemeinde verlassen hätten, wie hinzugependelt seien. Mit anderen Worten habe sich unsere Gemeinde innerhalb von nur gerade 30 Jahren von einer schwergewichtig für Wohnnutzung geprägten Gemeinde auch zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickelt. Basierend auf diesen wichtigen Kennzahlen könne heute festgestellt werden, dass sich unsere Gemeinde in einem attraktiven, dynamischen Gleichgewicht halte, wozu wir Sorge tragen müssten. Bei der Zonenplanrevision gehe es also nicht darum, die Gemeinde quasi neu zu erfinden, sondern einzelne Elemente behutsam und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, habe man einen externen Fachmann beigezogen, welcher drei verschiedene Szenarien untersucht habe. Beim ersten Szenario sei die Konsequenz dargelegt

worden, wenn der Bestand an Bauland auf dem heutigen Stand belassen würde. Das zweite Szenario habe sich damit befasst, was in die Wege geleitet werden müsste, damit die heutige Bevölkerungszahl in etwa gehalten werden könnte und das dritte Szenario zeige auf, was es für die Zonenplanrevision bedeuten würde, wenn Muri bei Bern um rund 1'000 Personen wachsen möchte. Die Antworten auf diese Fragen seien in den Leitlinien zur Ortsplanungsrevision enthalten. Genau diese Fragen seien im letzten Mai und Juni unter anderem auch dem Bevölkerungsforum gestellt worden. Dieses Forum sei zur eindeutigen Empfehlung gelangt, das zweite Szenario weiterzuverfolgen, das heisse, bezüglich der Bevölkerungszahl den Status Quo anzustreben. Der Gemeinderat habe sich diesen Überlegungen vollumfänglich angeschlossen. Gemäss einlässlichen Berechnungen müssten in etwa 100 neue Wohnungen erstellt werden, um dieses Ziel erreichen zu können. Dies entspreche einem Landbedarf von rund 2,5ha. Der Gemeinderat sei sehr erfreut, dass aus dem Bevölkerungsforum auch in Bezug auf potenzielle Standorte für diese neuen Wohnungen ein interessanter Vorschlag resultiert habe. Es handle sich dabei um eine teilweise Überbauung der Scheuermatt. Diese Idee entspreche den modernen Grundsätzen der Siedlungsplanung und -entwicklung, da das entsprechende Gebiet in nächster Nähe zum öffentlichen Verkehr sowie zu Schulen und Einkaufsmöglichkeiten liege. In zweiter Priorität werde auch ein Standort im Bereich des Siloahs näher geprüft. Der Umstand, dass sich der Gemeinderat in den zentralen Punkten den Empfehlungen des Bevölkerungsforums anschliessen könne, gebe ihm die sichere Gewissheit, dass er nicht neben den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiplane.

Ein Blick in die Zukunft zeige auf, dass das erste Halbjahr 2007 von intensiven Arbeiten der Projektorganisation geprägt sein werde. **Nach den Sommerferien** würden diese Resultate einer **öffentlichen Mitwirkung** unterzogen werden. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass auch aus dieser Mitwirkung - wie bereits beim Bevölkerungsforum - wertvolle Hinweise eingehen würden. Die vom Gemeinderat angestrebte gute politische Abstützung von diesen Revisionsarbeiten werde auch dadurch erreicht, dass die Arbeiten unter engem Beizug unserer drei **ständigen Kommissionen, der Planungs- und Verkehrskommission, der Baukommission sowie der Umweltschutzkommission**, erfolgen würden. Diese Kommissionsmitglieder würden nicht nur über ein beachtliches Knowhow verfügen, sondern hätten auch eine ausgewogene parteipolitische Zusammensetzung und eine beachtliche Legitimation, seien sie doch schliesslich vom Parlament gewählt worden. Nach Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Schritte, wie Mitwirkung, Vorprüfung durch den Kanton sowie Planaufgabe, werde das **Parlament im Jahre 2008** wiederum intensiv in diesen Prozess einbezogen. Er könnte sich durchaus vorstellen, dass zu diesem Zeitpunkt der Grosse Gemeinderat einen Beschluss fassen könnte, wonach zur Vorberatung dieses Geschäftes beispielsweise eine nichtständige Kommission eingesetzt würde. Diese Möglichkeit der Vorberatung von besonders komplexen Geschäften sehe die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates in Art. 17 ausdrücklich vor. **Der Grosse Gemeinderat** sei für den Gemeinderat auch bei der Ortsplanungsrevision **ein wichtiger Partner**, was mit ein Grund sei, weshalb ihm diese Leitlinien heute formell zur Kenntnis gebracht würden, obschon gemäss den kantonalen gesetzlichen Bestimmungen der Gemeinderat für diese Planungsgrundsätze zuständig sei. Der Gemeinderat sei auf die Rückäusserungen, welche er heute oder in den kommenden Monaten noch hören werde, sehr gespannt.

Ruth Raaflaub dankt dem Gemeinderat namens der **FDP/jf-Fraktion**, dass dem Parlament die Leitlinien zur Ortsplanungsrevision zur Kenntnisnahme vorgelegt würden, obwohl dieses Geschäft in den Kompetenzbereich des Gemeinderates gehöre. Wie

man der Seite 11 dieser Leitlinien entnehmen könne, befinde sich das Leitbild des Gemeinderates noch in Überarbeitung. Grundsätzlich seien sie der Meinung, dieses Werk hätte als übergeordnetes Instrument vorliegen müssen, bevor mit der Ortsplanungsrevision

begonnen worden sei. Zu den Leitlinien möchten sie folgende Anregungen und Bemerkungen machen:

- Die neuesten publizierten Zahlen der Arbeitsplätze würden auf dem **Stand von 2001** basieren. Sie fänden es bedenklich, dass man sich bei einer zukunftsorientierten Ortsplanungsrevision auf schon jetzt fünfjährige Zahlen stütze.
- Sie möchten weiter, dass in den Leitlinien festgehalten werde, die **Weilerzonen** seien in der bestehenden Form zu erhalten.
- Im Juni 2006 sei eine Motion der FDP/jf- und SVP-Fraktion betr. die Erarbeitung eines Leitbildes zur Ortsplanungsrevision eingereicht worden. Sie hätten sich gewünscht, dass diese Motion im Zusammenhang mit diesem Geschäft traktandiert worden wäre und nicht einfach im nächsten Verwaltungsbericht abgeschrieben würde. Namentlich fehle ihnen eine Auflistung von **detaillierten Vor- und Nachteilen von den auf Seite 21 vorgeschlagenen Entwicklungsgebieten** fürs Wohnen.
- Sie hätten gerne im sich in Überarbeitung befindenden Leitbild aufgenommen gehabt, der Standard der gut ausgebauten und vielfältigen **Sport- und Freizeitanlagen** in der Gemeinde solle mindestens erhalten bleiben.

Und sie möchte noch gerne, dass ebenfalls festgehalten werde, eine vernünftige Entwicklung von **Standorten für Mobilfunkantennen** sei zu fördern. Namentlich sei eine koordinierte Standortplanung - ohne Platzierung in Wohngebieten - anzustreben. Dazu käme man ja noch beim Traktandum 11.

Ursula Wenger (EVP) führt aus, es erscheine ihr als wichtig, in den Leitlinien zur Ortsplanung im Abschnitt 1.3.3 Landschaft und Natur, Punkt 3, nebst der Aare und dem Dentenberg auch noch das gemeinderrelevante **Gebiet des Ostermundigenwaldes** explizit aufzuführen. Denn das sei für sehr viele Gümliker das Naherholungsgebiet schlechthin und eines, welches erst noch ohne Auto erreicht werden könne. Es habe dort einen Spielplatz, mindestens zwei grosse Brätlistellen sowie einen Vita-Parcours. Es sei jedoch auch das Zielgebiet nicht nur für Biker, Walker, Jogger und Reiter, sondern auch für die Waldspielgruppe sowie ganz allgemein für Spaziergänger mit oder ohne Hund. Es sei wohl nicht übertrieben, wenn sie sage, dieser Wald sei das Gümliker Outdoor-Fitness-Center schlechthin.

Beat Wegmüller erklärt namens der **SP**, die Leitlinien des Gemeinderates deckten sich weitgehend mit den Zielen der SP zur Ortsplanung und die allgemeine Stossrichtung gehe in die richtige Richtung. Es werde sich jedoch bei der konkreten Umsetzung dieser Leitlinien zeigen, ob die SP immer noch der gleichen Meinung wie der Gemeinderat sei. Zuerst möchte er auf den positiven Start dieser Ortsplanungsrevision hinweisen. Mit den zwei durchgeführten Bevölkerungsforen habe der Gemeinderat neue Wege beschritten und verschiedene Akteure in den Entwicklungsprozess einbezogen. Es gehe darum, auch in den nächsten Schritten immer wieder zu überlegen, wer wie in dieses Projekt einbezogen werden könnte. In den Ausführungen des Gemeinderates werde deutlich, dass Muri und Gümliken nicht neu erfunden und gestaltet werden könnten. Die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde lasse keine Höhenflüge zu und werde moderat ausfallen. Das sei auch gut so. Es gehe darum, dass sich Gümliken und Muri in Zukunft **qualitativ entwickeln** würden und **attraktiv für alle Bevölkerungsgruppen** seien und blieben. Die SP befürworte das gewählte Bevölkerungsszenario, wonach der Bevölkerungsstand gehalten werden wolle. **Neueinzonungen müssten innerhalb der Siedlungsstruktur** erfolgen und seien möglichst mit

Überbauungsplan zu realisieren, damit sinnvolle, ökologische und attraktive Überbauungen entstehen könnten. Verschiedentlich werde in den Leitlinien von einem verdichteten Bauen gesprochen, womit auch eine wesentliche Wertsteigerung des Baulandes verbunden sei. In diesem Zusammenhang sei auch die **Mehrwertabschöpfung** zu prüfen. Sie hätten an den Gemeinderat noch eine wichtige Frage. In den Leitlinien auf Seite 19, Wohnen und Arbeiten, Punkt 5 stehe: "**Auf die Einzonung zusätzlicher Flächen für Wirtschaft und Gewerbe wird verzichtet (intensivere qualitativ bessere Nutzung bestehender Flächen, Gewerbeland entlang der Hauptverkehrsachsen).**" Sie möchten vom Gemeinderat konkret wissen, was er unter "intensivere qualitativ bessere Nutzung bestehender Flächen" meine und ob er schon ein Beispiel dazu liefern könnte. Wenn diese aufgeworfene Frage für die SP-Fraktion positiv beantwortet werde, nähmen sie von den Leitlinien zur Ortsplanung und der beabsichtigten Umsetzung in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Pia Aeschmann führt namens der **Forum-Fraktion** aus, sie danke dem Gemeinderat für die Leitlinien zur Ortsplanung herzlich. Auch sie schätzten die transparente Denkhaltung des Gemeinderates. Ihnen sei aufgefallen, dass die verschiedenen **ZPP's und deren Überbauungsordnungen**, wie beispielsweise der Bahnhof, welcher ein Entwicklungsschwerpunkt sei, fehlten. Ihnen sei es ganz wichtig, dass gerade so etwas in die Ortsplanung einflüsse, weil es zum Zeitpunkt, als das Baureglement und die Überbauungsordnungen eingeführt worden seien, den Richtplan Kanton noch nicht gegeben habe, weshalb es ganz bestimmt Änderungen geben werde. Zudem hätten die **ESP's** auch grossen Einfluss auf den Richtplan Verkehr.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich für die interessanten Anregungen und Hinweise, welche der Gemeinderat gerne in die weiteren Überlegungen einbeziehen werde und nimmt zu den Voten Stellung. Was die angeblich **veralteten Zahlen** betreffe, müsse er sagen, dass der Gemeinderat schlicht nirgends neuere Zahlen gefunden habe. Die Schweiz sei in statistischen Bereichen ein Entwicklungsland. Wären neuere Zahlen vorhanden gewesen, hätte der Gemeinderat diese selbstverständlich verwendet. Er könne jedoch in dem Sinne Entwarnung geben, dass sich in den letzten fünf Jahren die Bewegungen punkto Arbeitsplätze in etwa die Waage gehalten hätten. Einige Arbeitsplätze seien verloren gegangen, es seien jedoch auch wiederum namhafte geschaffen worden, wodurch das Gesamtbild nicht beeinträchtigt werde.

Zur **Frage von Beat Wegmüller** möchte er auch noch gerne Stellung nehmen. Der Gemeinderat denke insbesondere an Projekte **oder Überbauungsordnungen, welche rechtskräftig** seien, wo jedoch noch keine Promotion erfolgt oder wo diese bisher erfolglos gewesen sei. Für ihn liege beispielsweise auf der Hand, dass ein sehr grosses Interesse bestehe, dass im **Mattenhof Ost** endlich etwas gehe, handle es sich hierbei doch um einen 1a-Standort direkt beim Bahnhof. Der Gemeinderat fände es auch sehr erwünschenswert, wenn das weitgehend leerstehende **Ascom-Gebäude** endlich wieder einer Nutzung zugeführt werden könnte. Als drittes Beispiel könne er noch die geltende **Überbauungsordnung in der Scheuermatt** erwähnen, wo eigentlich eine namhafte Entwicklung gemacht werden könnte. Wichtig sei für den Gemeinderat, dass dies **nicht irgendwo auf einer grünen Wiese** erfolge - diese sollte wenn möglich grün bleiben - sondern in bereits überbauten Gebieten, welche wesentlich intensiver genutzt werden könnten.

Der Grosse Gemeinderat nimmt von den Leitlinien sowie der beabsichtigten Umsetzung, dem Zeitplan, der Projektorganisation und den Kosten Kenntnis.